

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 05.05.2021, 16:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Bürgermeisterin Nadine Leonhardt Verwaltung

Stv. Vorsitzende/r

Herr 1. stellv. Bürgermeister Stephan Löhmann SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis SPD

Herr Ratsmitglied Rainer Greven SPD

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling SPD

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Krauthausen SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis SPD

Herr Ratsmitglied Frank Wagner SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Wilfried Berndt CDU

Frau Ratsmitglied Catarina dos Santos Firnhaber CDU

Herr Ratsmitglied Heinz-Theo Frings für RM Marc Pützer bis 17:30 Uhr CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer ab 17:30 Uhr CDU

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenker CDU

Ratsmitglieder BASIS-Fraktion

Herr Ratsmitglied Michael Cremer BASIS

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Michael Winterich AfD

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Schulze FDP

Von der Verwaltung

Herr Julian Bilke Verwaltung

Frau Marion Braun Verwaltung

Herr Leo Breuer Verwaltung

Herr René Costantini Verwaltung

Herr Michael Effenberg Verwaltung

Herr Fabian Esser Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Hermann Gödde Verwaltung

Frau Brigitte Höne Verwaltung

Frau Demet Jawher-Özkesemen Verwaltung

Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaefer Verwaltung

Herr Dieter Kamp	Verwaltung
Herr Wolfgang Mertens	Verwaltung
Frau Bettina Merx	Verwaltung
Herr Fabian Neffgen	Verwaltung
Herr Martin Quadflieg	Verwaltung
Herr Michael Raida	Verwaltung
Herr Florian Schoop	Verwaltung
Frau Stephanie Schwarz	Verwaltung
Frau Petra Seeger	Verwaltung
<u>Schritfführer/in</u>	
Herr Marc Greven	Verwaltung
Herr Patrick Roth	Verwaltung

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 16.00 Uhr und begrüßte die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben sei. Außerdem verwies Sie auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung. (Ebenso erfolgte ein Hinweis, dass das Erstellen nicht genehmigter Tonbandaufnahmen grundsätzlich untersagt sei.)

RM Schlenter stellte den Antrag den Tagesordnungspunkt 2.3 –Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2021 einschließlich der Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.- von der Tagesordnung abzusetzen und für diesen Tagesordnungspunkt eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzuberufen. Als Begründung hierzu führte er an, dass die Unterlagen zu kurzfristig den Mitgliedern zugegangen und daher keine ausführlichen Beratungen möglich gewesen seien.

Stadtkämmerer Kaefer führte hierzu aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung bereits seit Dezember 2020 allen Fraktionen bekannt war.

Nach eingehenden Diskussionen wurde dieser Antrag mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Bestellung von Schritfführern	058/21
2	Haushaltssatzung 2021	
2.1	Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat	
2.2	Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung	
2.3	Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2021 einschließlich der Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.	119/21
3	Kenntnisgaben	
3.1	Sachstandsbericht zur Digitalisierung in der Stadtverwaltung; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2021	113/21

4 Anfragen und Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil

5	Vergabe Beschaffung ParaProject iPad Koffer für städtische Schulen im pädagogischen Bereich	170/21
6	Vergabeangelegenheiten	
6.1	Ingenieurleistungen zur Erschließung des Bebauungsplans 206 - IGP VII (Langgasse)	187/21
6.2	Metallbau- und Verglasungsarbeiten, Realschule Patternhof, 4.BA	188/21
6.3	Rohbauarbeiten einschließlich Erd- und Entwässerungsarbeiten, Erweiterung KGS Bohl	190/21
6.4	Ingenieurleistungen Neubau Kindertagesstätte Dürwiß	191/21
7	Kenntnisgaben	
7.1	Vergabe von Aufträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB - und Architekten- und Ingenieurleistungen mit Auftragssummen zwischen 2.500,00 € und 100.000,00 €	158/21
7.2	Liquiditätssicherungskredite	103/21
7.3	Liquiditätssicherungskredite	164/21
8	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Bestellung von Schriftführern 058/21

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Zu Schriftführern für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses werden bis auf Widerruf bestellt:

- Marc Greven
- Patrick Roth
- Paulina Scheuer
- Christian Zylus

Der zuständige Fachdezernent wird ermächtigt festzusetzen, welche/r Schriftführer/in jeweils zu amtieren hat.

2 Haushaltssatzung 2021

Mit Schreiben vom 02.05.2021 reichten die CDU-Fraktion und die BASIS-Fraktion einen Fragenkatalog zur Haushaltssatzung 2021 ein. Zu diesem führte Stadtkämmerer Kaever wie folgt aus:

Zu Frage 1:

Unter Berücksichtigung des im Jahr 2020 auszugleichenden Gewerbesteuerminderertrages in Höhe von rund 500.000 € sowie des im Entwurf des Jahresabschlusses 2020 ausgewiesenen Überschusses von rund 600.000 € standen über die aus Bundes- und Landesmitteln erhaltene Gewerbesteuerausgleichszahlung von 9,1 Millionen € ca. 8 Millionen € als allgemeine Deckungsmittel für den Haushaltsausgleich 2020 zur Verfügung. Hiermit wurden insbesondere im Haushaltsjahr 2020 eingetretene Ertragsausfälle kompensiert. Beispielhaft seien genannt: geplante aber verschobene Erträge aus Grundstücksveräußerung - 3,6 Millionen €, fehlende Erträge aus

der verschobenen Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - 2 Millionen €; Ertragsminderung bei den Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung - 640.000 €; Baugenehmigungsgebühren - 508.000 €. Aufwandseitig waren ebenfalls gegenüber dem Planansatz entstandene Mehraufwendungen auszugleichen, zum Beispiel die um rund 2,2 Millionen € höheren Personalaufwendungen sowie Mehraufwendungen im Bereich der Flüchtlingskrankenhilfe von rund 220.000 €.

Die Beantwortung der Frage, ob der Haushalt 2020 ohne die geflossene Gewerbesteuerausgleichszahlung ein deutliches Defizit aufgewiesen hätte und wenn ja in welcher Höhe, setzt eine belastbare Einschätzung voraus, wie sich Gesellschaft und Wirtschaft im vergangenen Jahr entwickelt hätten, wenn es die Corona-Pandemie nicht gegeben hätte und welche Auswirkungen sich dann hieraus für die kommunale Finanzwirtschaft und den Haushalt der Stadt Eschweiler ergeben hätten. Eine solche Prognose, auch wenn ich sie für die Vergangenheit anstellen müsste, ist mir nicht möglich. Ich gehe aber in der Nachbetrachtung auch heute noch davon aus, dass der Haushalt des vergangenen Jahres wie geplant mit einem Überschuss in der Größenordnung des Planansatzes von rund 1 Million € hätte abgeschlossen werden können. Zumindest gab es bereits am Jahresanfang 2020 bis zum Eintritt der Corona Pandemie positive Signale, insbesondere bei den Steuererträgen, die eine deutliche Verbesserung der Jahresergebnisse gegenüber den Planansätzen erwarten ließen. Beispielhaft sei hier der Ansatz der Gewerbesteuererträge genannt, bei dem bereits im Februar 2020 die Sollstellung den Planansatz deutlich überschritt. Beleg hierfür ist auch der trotz Corona-Pandemie letztlich „nur“ um 500.000 € geringere Gewerbesteuerertrag.

Zu Frage 2:

Die im Haushaltsjahr 2020 geflossene Gewerbesteuerausgleichszahlung ist je zur Hälfte als Komponente der Steuerkraft in den Referenzzeiträumen zur Bemessung der Schlüsselzuweisungen für die Jahre 2021 und 2022 zu berücksichtigen. Unter Einbezug der zum Ende des vergangenen Jahres angepassten Orientierungsdaten für das Jahr 2021 ff. führt die hierdurch gestiegene Steuerkraft zu einer Ertragsreduzierung bei den Schlüsselzuweisungen von rund 5 Millionen € pro Jahr. Im Jahr 2022 kommt es zu einer negativen Überlagerung von gesteigener Steuerkraft auf der einen Seite und einem Einbruch bei der für die Schlüsselzuweisungen maßgeblichen Schlüsselmasse um 10 % auf der anderen Seite.

Zu Frage 3:

Die Gewerbesteuerausgleichszahlung eröffnet als Komponente des kommunalen Finanzausgleichs der Stadt Eschweiler keine Gestaltungsmöglichkeiten zur Vermeidung von belastenden Wirkungen im System der Gemeindefinanzierung.

Zu Fragen 3 und 4:

Vor dem Hintergrund der enormen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunale Finanzwirtschaft hat die Landesregierung NRW mit dem Covid-Isolierungsgesetz im vergangenen Jahr eine Grundlage dafür geschaffen, die pandemiebedingten Ertragsausfälle bzw. Aufwandssteigerungen separat zu erfassen, zu isolieren und über die sogenannte Bilanzierungshilfe ab dem Jahr 2025 maximal über einen Zeitraum von 50 Jahren abzuschreiben. Mit diesem Instrument soll das reihenweise Kollabieren der kommunalen Haushalte mit dem Rückfall in die Haushaltssicherung und in die Nothaushalte als Ergebnis der pandemiebedingten, sich dramatisch verschlechternden kommunalen Finanzsituation vermieden und die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten werden.

Das Volumen der in die Isolierung einzubeziehenden Ertragsausfälle bzw. Aufwandssteigerungen ergibt sich, in einer vereinfachten Betrachtung, aus der Gegenüberstellung der vor der Corona-Pandemie geplanten Ansätze in den Haushaltsjahren 2020-2024 mit den coronabedingten Auswirkungen in den Ergebnissen bzw. Planungen in den vorgenannten Haushaltsjahren. Vor dem Hintergrund des langen Planungszeitraumes bis zum Jahr 2024 und der sich in der Pandemie bzw. auch nach deren Überwindung ändernden Planungsgrößen unterliegt diese Betrachtung größten Unschärfen hinsichtlich ihrer Belastbarkeit. Erst mit dem Überwinden der pandemischen Lage werden verlässlichere Prognosen bzw. Aussagen zur mittelfristigen Entwicklung der kommunalen Finanzwirtschaft, hier insbesondere zu den kommunalen Steuererträgen sowie damit korrespondierend den Erträgen im kommunalen Finanzausgleich möglich. Diese Stellgrößen beeinflussen maßgeblich, um nicht zu

sagen fast ausschließlich, das Isolierungsvolumen im städtischen Haushalt.

Das Haushaltsjahr 2021 ist aus Finanzsicht daher meines Erachtens als pandemiebestimmtes Übergangsjahr anzusehen, in dem die städtische Haushaltswirtschaft weiterhin restriktiv zu führen ist und alle Möglichkeiten zu Ertragssteigerungen sowie Aufwandsreduzierungen ergriffen werden müssen. Die zwischenzeitlich in Rede stehende zusätzliche Kompensation des vorgenannt beschriebenen Volumens von rund 5 Millionen hätte in dieser Situation eine kaum zu bewältigende Kraftanstrengung bedeutet. Planerisch wäre dieser Kraftakt möglicherweise sogar gelungen, wenn Ertragsverbesserungen bzw. Aufwandsminimierungen in den Themen Personalkosten, Grundsteuern, Sach- und Dienstleistungen, Grundstücksverkäufe sowie Ausgleichsrücklage im internen und politischen Konsens hätten berücksichtigt werden können. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Umsetzbarkeit, unter anderem wegen des schon fortgeschrittenen Haushaltsjahres und der noch immer andauernden pandemischen Lage, sind hier aber berechnete Zweifel angebracht.

Die Auseinandersetzung mit diesen Themen ist aber beileibe nicht vom Tisch. Mit dem Entwurf des nächstjährigen Haushaltes 2022 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2025 wird es entscheidend darauf ankommen die städtische Haushaltswirtschaft einerseits mindestens ausgeglichen zu gestalten, damit Kern und Zukunftsthemen wie zum Beispiel der Strukturwandel, die Digitalisierung, die Breitbandversorgung, der weitere Ausbau der Offenen Ganztagschulen und der Kindertagesbetreuung sowie weitere Infrastrukturprojekte entsprechend finanziell gesichert sind, andererseits die pandemiebedingten Belastungen deutlich zu reduzieren. Dieser Prozess wird nicht ohne Einschnitte und Belastungen auskommen, die - so hoffe ich - wenn ich sie vorschlage, auch dann von all denen mitgetragen und mitverantwortet werden, die bereits heute danach rufen.

Bei allen eigenen Anstrengungen die wir uns vorgenommen haben, diese Ziele zu erreichen, und daran halte ich fest, bedarf es der flankierenden, substantiellen Unterstützung von Bund und Land über Entlastungen und/oder direkte Zuwendungen in diesem, wie auch im nächsten Jahr. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern uneingeschränkter Konsens der gesamten kommunalen Familie in Bund und Land. Hier appelliere ich an Sie, uns bei dieser Forderung nach weiteren Rettungsschirmen nach Kräften zu unterstützen.

2.1 Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat

Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss

Gemäß § 71 Absatz 3 Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz - in Verbindung mit § 6 der Zuständigkeitsordnung sowie § 8 Absatz 2 Nummer 3 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher in seiner Sitzung am 28. Januar 2021 den Entwurf des Jugendhilfeetats für das Haushaltsjahr 2021 (siehe VV 014/21) für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün – Teilbereich Kinderspielplätze

einschließlich der mit Verwaltungsvorlage Nr. 095/21 hierzu in der Sitzung am 09. März 2021 verwaltungsseitig eingebrachten Veränderungslisten beraten.

Dem Ausschuss wurden im Rahmen der Etatberatungen in der vorgenannten Sitzung zwei Änderungsanträge

der CDU-Stadtratsfraktion unterbreitet, die auch Bestandteile des heutigen Paketes der Änderungsanträge im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind.

Die Anträge der CDU-Stadtratsfraktion

- Gewährung eines außerordentlichen coronabedingten Zuschusses an die Kindertagespflegepersonen, Volumen insgesamt 25.000 €

sowie

- Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für „Aufwendungen Gruppenarbeit und Pflegeeltern“ sowie „Aufwendungen Aus- und Fortbildung“, Volumen insgesamt 5.000 €

wurden im Jugendhilfeausschuss unter Einbezug der verwaltungsseitig abgegebenen Stellungnahme vorberaten. Beschluss gefasst wurde hierüber jedoch nicht, es erfolgte eine Verweisung an den heutigen koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss. Im Anschluss an die Sitzung hat die Interessengemeinschaft der Tagespflegefachkräfte der Stadt Eschweiler mit Schreiben vom 15. März 2021 zum ersten Antrag eine ablehnende Stellungnahme abgegeben. Sie ist dem Ihnen vorliegenden Antragspaket beigelegt.

Im Übrigen stimmte der Ausschuss dem Entwurf des Jugendhilfeetats 2021 ff. in der Fassung der Fortschreibung über die Veränderungsliste zu.

Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsplanberatungen im Integrationsrat

Der Integrationsrat hat sich auf Grundlage von § 11 Absatz 2 der Zuständigkeitsverordnung für den Rat und seine Gremien in seiner Sitzung am 17. März 2021 mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2021 beratend beschäftigt.

Der Integrationsrat stellt hierzu fest, dass die im Produkt „Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ im Jahr 2021 beim Sachkonto „Aufwendungen Veranstaltungen“ vorgenommene Ansatzreduzierung von 7.000 € auf 3.000 € vor dem Hintergrund der weiter fortbestehenden pandemiebedingten Einschränkungen mitgetragen werden kann. Ab dem Haushaltsjahr 2022 sollte über den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung dann aber wieder die Festschreibung auf die bisherige Ansatzhöhe von 7.000 €, also + 2.000 € ab 2022 ff., vorgenommen werden, so dass die Durchführung von Aktivitäten des Integrationsrates dauerhaft gesichert ist.

Ansonsten unterbreitet der Integrationsrat keine haushaltsrelevanten Änderungsanträge.

2.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung

Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2021 ist ortsüblich und zwar im Amtsblatt der Stadt Eschweiler, 37. Jahrgang, in der Ausgabe Nummer 1 vom 07.01.2021, bekannt gemacht worden.

Ein entsprechender Hinweis sowie darüberhinausgehend umfangreiche Informationen über das Haushaltsplanverfahren 2021 wurden ebenfalls über die Homepage der Stadt Eschweiler öffentlich zur Verfügung gestellt.

In der Zeit vom 01.02. bis einschließlich 31.03.2021 lag der Entwurf des Haushaltsplanes 2021 während der allgemeinen Sprechzeiten bei der Dienststelle „Finanzbuchhaltung“ im Rathaus zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Einwendungen konnten seitdem von Einwohnern und Abgabepflichtigen schriftlich eingereicht oder dort zur Niederschrift erklärt werden.

Weder Einwohner noch Abgabepflichtige haben von Ihrem Einwendungsrecht Gebrauch gemacht.

Losgelöst von diesem formellen Bekanntmachungs- und Einwendungsverfahren wurde der Entwurf der Haushaltssatzung 2021 am 14.12.2021 der IHK - Industrie- und Handelskammer Aachen im Rahmen des Dialogprozesses zwischen der IHK Aachen und der Stadt Eschweiler zu den finanz- und haushaltswirtschaftlichen Entwicklungen unserer Stadt zugeleitet. Die IHK Aachen hat ihrerseits mit Schreiben vom 27.04.2021 gegenüber der Bürgermeisterin eine Stellungnahme zur Haushaltssatzung 2021 abgegeben. Das Schreiben der IHK ist den Fraktionsvorsitzenden am 03.05.2021 vorab zur Kenntnis zugeleitet worden und liegt Ihnen allen als Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses heute als Tischvorlage vor.

2.3 Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2021 einschließlich der Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp. 119/21

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Verwaltung und die der Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021 wie nachfolgend ab.

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, bei Enthaltung AfD-Fraktion, zugestimmt.

- Der Antrag der FDP-Fraktion, hinsichtlich der Förderung eines IT-Assistenten, wurde vom Haupt- und Finanzausschuss bezogen auf die VV 145/21 zur Kenntnis genommen.
- Der weitergehende Antrag der FDP-Fraktion, ergänzend zu der VV 145/21, eine Bereitstellung von 15 IT-Assistenten zu forcieren, wurde zurückgezogen.
- Der Antrag der FDP-Fraktion, für die Sanierung der historischen Kasernenmauer an der Preyerstraße Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 € zur Verfügung zu stellen, wurde nach eingehender Diskussion zurückgezogen.
- Die Anträge der CDU-Fraktion, sowie der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Sanierung und Modernisierung der öffentlichen WC-Anlage in der Marienstraße, Villa Faensen, Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 € bereitzustellen, wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mit der Änderung einstimmig beschlossen, den Betrag auf 10.000 € zu reduzieren, da dieser Betrag seitens der Verwaltung für eine leichte Sanierung auskömmlich wäre.
- Dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Errichtung einer selbstreinigenden Automatikoilette in der Innenstadt, Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € bereitzustellen, wurde nach Ausführungen des Ersten und Technischen Beigeordneten Götde über den Standort und der Durchführung des Vorhabens mit der Abänderung, einen Betrag in Höhe von 250.000 € bereitzustellen, einstimmig, bei Enthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 € für die notwendigen Beschaffungen zur Digitalisierung der Stadtverwaltung bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion, abgelehnt. Hierzu führte Bürgermeisterin Leonhardt aus, dass die Bereitstellung dieser Mittel im Haushalt 2021 nicht sinnvoll sei, jedoch für die anstehenden Haushaltsberatungen 2022 in Betracht gezogen werden.
- Der CDU-Antrag hinsichtlich einer Standortprüfung der Hauptfeuerwache hatte mit Hinweis auf eine diesbezüglich in der Veränderungsliste der Verwaltung enthaltenen Ermächtigungsübertragung seine Erledigung gefunden.
- Der Antrag der CDU-Fraktion über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000,00 € für eine Machbarkeitsstudie zur Folgenutzung des Sportplatzes Weisweiler wurde zurückgezogen, nachdem die Verwaltung erklärte, dass weitergehende Planungen und Gespräche mit Interessenten im Sommer anstehen.
- Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt der Partei Die LINKE im Hinblick auf die Überdachung des Fahrradhaltepunkts Talstraße wurde bei Enthaltung der AfD-Fraktion einstimmig beschlossen.

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss

einstimmig zugestimmt.

- Dem gemeinsamen weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei zusätzliche Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst einzurichten, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, zugestimmt.

Hierzu führte Stadtkämmerer Kaefer aus, dass eine zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln nicht erforderlich ist. Diese zusätzlichen Stellen werden im Rahmen des Personalkostenbudgets abgegolten.

- Der Antrag der CDU-Fraktion, die Parkgebühren im Innenstadtbereich für einen Zeitraum von sechs Monaten auszusetzen, wurde nach eingehender Ausführung durch Herrn Kamp über die weiteren finanziellen Folgen dieses Antrages, mehrheitlich bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, für die verstärkte Werbung von Nachwuchskräften der freiwilligen Feuerwehr Haushaltsmittel i. H. v. 10.000 € bereitzustellen, wurde mehrheitlich bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion über einen Grundsatzbeschluss der Gebühren sowie Erarbeitung einer entsprechenden Gebührensatzung im Kranken- und Rettungstransportdienst wurde zurückgezogen.

Produktbereich 03 – Schulen

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion zur Finanzierung eines coronabedingten erhöhten Papierbedarfs in der Gesamtschule wurde nach Ausführungen des Stadtkämmerers Kaefer, dass innerhalb der ersten 4 Monate dieses Jahres vom geplanten Ansatz lediglich ein geringer Betrag verwendet wurde und ein eventuell benötigter erhöhter Bedarf im Laufe des Haushaltsjahres bereitgestellt werden könnte, zurückgezogen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, für einen zusätzlichen Sonnenschutz in der Grundschule Röhe, Haushaltsmittel in Höhe von 3.700 € zur Verfügung zu stellen, wurde auf Vorschlag der Verwaltung auf eine Ansatzserhöhung von lediglich 800 € abgeändert, da dieser Betrag zur Abdeckung der Kosten auskömmlich sei.

Ergänzend zu diesem Antrag ist hierbei anzumerken, dass der Ansatz vom Finanzplan in den Ergebnisplan zu verschieben ist.

Diesem abgeänderten Antrag wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion, für eine Beschaffung eines weiteren Klassenmöbelsatzes im städtischen Gymnasium, eine Ansatzserhöhung um 2.000 € vorzunehmen, wurde nach Ausführungen durch Frau Seeger, einstimmig, bei Enthaltung der FDP-Fraktion beschlossen.

Produktbereich 04 – Kultur und Wissenschaft

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion für die Anpassung zur auskömmlichen Umsetzung des Tages des Ehrenamtes den Haushaltsansatz um 1.000 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, beschlossen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit zur Normalisierung des Betriebs der Bücherei nach der Pandemie zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 1.100 € bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, beschlossen.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz für die Städtepartnerschaften analog der Haushaltssatzung 2020 beizubehalten, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, beschlossen.

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

- Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine zusätzliche Stelle für die Implementierung eines Streetworkers für Obdachlose und Problemgruppen und eine

dementsprechende Neuausrichtung des Konzeptes des Problems der Obdachlosigkeit zu schaffen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, sowie Enthaltung der CDU-Fraktion, beschlossen.

Hierzu führte Stadtkämmerer Kaefer aus, dass die zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln nicht erforderlich ist. Diese zusätzliche Stelle wird im Rahmen des Personalkostenbudgets abgegolten.

- Der Antrag der SPD-Fraktion für die Förderung von Aktivitäten des Vereins Gemeinsame Generationen e. V., Haushaltsmittel in Höhe von 1.550 € zur Verfügung zu stellen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, beschlossen.
- Dem Antrag der SPD-Fraktion den Zuschuss für die Beratungsstelle für Sexualität, Schwangerschaft und Familienplanung der AWO um 2.000 € auf 5.000 € zu erhöhen, wurde einstimmig, bei Enthaltung der FDP-Fraktion, zugestimmt.

Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Bezüglich der Veränderungsliste des Jugendhilfeausschusses führte Stadtkämmerer Kaefer aus, dass aufgrund der aktuellen Entwicklung eine weitere Veränderung der Position der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII (Ifd. Nr. 23 der Veränderungsliste) eingepflegt werden musste, welche den bisherigen Ansatz um 94.000 € erhöht.

Dieser Veränderungsliste wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

- Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und des Jugendhilfeausschusses bezüglich eines außerordentlichen coronabedingten Zuschusses für Kindertagespflegepersonen in Höhe von 25.000 € wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der AfD-Fraktion sowie der CDU-Fraktion und Enthaltungen der BASIS-Fraktion und der FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und des Jugendhilfeausschusses in Bezug auf die Gewinnung und Weiterbildung von Pflegefamilien zur Vermeidung von Heimaufenthalten wurde zurückgezogen.

Produktbereich 08 – Sportförderung

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Erstellung eines Vereinskatalogs und daraus resultierender Sportgutscheine für Kinder zwischen 6 bis 14 Jahren Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € bereitzustellen, wurde nach eingehender Diskussion in der Form mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion beschlossen. Hierbei soll der Begriff Sportvereine nicht eng ausgelegt werden, um beispielsweise Karnevals- und Schützenvereinen die Aufnahme in diesen Katalog ebenfalls zu ermöglichen.
- Die Anträge der SPD-Fraktion bezüglich des Verzichtes der Energiekostenbeteiligung für Vereine im 2. Halbjahr 2021 sowie der Verzicht auf die Erhebung von Mieten und Pachten für Vereine im Jahr 2021, wurden ebenso wie der Antrag des Stadt-Sport-Verbandes Eschweiler über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Beitragszahlung an den Regiosportbund Aachen in Höhe von 5.000 € zurückgestellt.

Hierzu wurde seitens der Verwaltung ausgeführt, dass in einer der nächsten Ratssitzungen eine Vorlage zu der vorgenannten Thematik erstellt werde. Eine Ansatzveränderung ist daher im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht notwendig.

Produktbereich 09 – Räumliche Planung und Entwicklung

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag der BASIS-Fraktion, zur Einführung eines Ein-Euro-Tickets im ÖPNV wurde nach eingehender Diskussion zurückgezogen.

Gleichzeitig erfolgte der Auftrag an die Verwaltung, eine Prüfung der Möglichkeiten durchzuführen. Hierzu führte Erster und Technischer Beigeordneter Gödde aus, dass voraussichtlich im Herbst in den entsprechenden überregionalen Gremien Gespräche stattfinden sollen, um eine Verbundlösung des

AVVs zu erörtern.

- Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt der Partei Die LINKE zur Bildung eines Bürgerrates oder der Ausarbeitung alternativer Bürgerbeteiligungen, zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.500 € zur Verfügung zu stellen, wurde zurückgezogen.

Produktbereich 10 – Bauen und Wohnen

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, bei Abwesenheit der AfD-Fraktion, zugestimmt.

Produktbereich 11 – Ver- und Entsorgung

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion den Ansatz für Reinigungsarbeiten im Umfeld der Altglascontainer um 3.500 € zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, beschlossen.
Hierzu führte Stadtkämmerer Kaefer aus, dass diese Ansatzanpassung für das Haushaltsjahr 2022 zu Lasten der Abgabepflichtigen im Rahmen der Abfallgebühren ergeht.

Produktbereich 12 – Verkehrsflächen- und Anlagen

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion den Ansatz für die Unterhaltung von Grünflächen und Aufbauten um 6.000 € für den Rückschnitt von Bäumen und Wurzeln im Bereich Lindenstraße/Hans-Böckler-Straße zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion, beschlossen.
- Die Anträge der BASIS-Fraktion sowie des Einzelvertreters Borchardt der Partei Die LINKE, den Ansatz für die Unterhaltung von barrierearmen Verkehrsflächen um 50.000 € auf 100.000 € zu erhöhen, wurde nach eingehender Diskussion sowie einer Sitzungsunterbrechung zwecks Beratung durch die Fraktionsvorsitzenden folgendermaßen auf Vorschlag des Stadtkämmerers Kaefer abgeändert: Im Haushaltsjahr 2021 wird der Ansatz um 50.000 € auf 100.000 € erhöht. In den Folgejahren bleibt der Ansatz in Höhe von 50.000 € unverändert. Über die Mittelverwendung ist ein Nachweis zu führen. Diesem abgeänderten Antrag wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie Enthaltung der FDP-Fraktion, zugestimmt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion für die Errichtung von drei Straßenleuchten im Bereich Franzstraße/Bahnübergang/Park zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € zur Verfügung zu stellen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, beschlossen.
- Der Antrag der CDU-Fraktion für die zusätzliche Erneuerung von Fahrbahnoberflächen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion für die Errichtung eines Radfahrweges an der Merzbachstraße Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € zur Verfügung zu stellen, wurde nach Ausführungen der Verwaltung zurückgezogen.

Erster und Technischer Beigeordneter Gödde führte hierbei aus, dass hier zunächst seitens der Stadt zusätzlicher Grunderwerb erfolgen müsse und derzeit bereits eine Ausweichmöglichkeit bestünde. Weiterhin führte er an, dass nach den Sommerferien im Planungs- Umwelt- und Bauausschuss entsprechende Alternativen erörtert werden.

Produktbereich 13 – Natur- und Landschaftspflege

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

- Der Antrag der SPD-Fraktion, eine Ansatzanpassung bei der Unterhaltung von Friedhöfen vorzunehmen, wurde zurückgezogen, da diese Änderung bereits in der Veränderungsliste der Verwaltung (lfd. Nr. 81) enthalten ist.
- Der Antrag der SPD-Fraktion, für die Errichtung von zwei Mini-Skateanlagen im Stadtgebiet, Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 € zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig, bei Enthaltung der FDP-

Fraktion, beschlossen.

- Dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für einen Hochstamm-Obstsortengarten Haushaltsmittel in Höhe von 4.000 € bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion, zugestimmt.

Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

- Der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion, für die Unterstützung des Citymanagement Eschweiler e. V., zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 € bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion, beschlossen.

Ferner wurde der Antrag der CDU-Fraktion im Laufe der Beratungen zurückgezogen

Produktbereich 16 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Veränderungsliste der Verwaltung zu diesem Produktbereich wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich, bei Gegenstimme der AfD-Fraktion zugestimmt.

Betreffend der Produktbereiche 14 – Umweltschutz sowie 17 – Stiftungen wurden weder seitens der Verwaltung, noch seitens der Ratsfraktionen pp. Änderungsvorschläge vorgetragen.

Im Nachgang der Beratung der Änderungsanträge beschloss der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion, dass der Entwurf der Haushaltssatzung 2021 unter Berücksichtigung der Veränderungsliste der Verwaltung und entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

3 Kennnissgaben

3.1 Sachstandsbericht zur Digitalisierung in der Stadtverwaltung; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2021 113/21

Der Sachstandsbericht zur Digitalisierung in der Stadtverwaltung wurde vom Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

4 Anfragen und Mitteilungen

Bürgermeisterin Leonhardt und Stadtkämmerer Kaefer teilten den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses mit, dass am 09.06.2021 der Rat der Stadt Eschweiler einberufen wird, um über die Haushaltssatzung zu beraten.

RM Berndt fragte an, weshalb der Tagesordnungspunkt des Baugebietes Nothberger Sportplatz abgesetzt worden ist. Hierzu führte Herr Kamp aus, dass seitens der Verwaltung hierzu noch eine rechtliche Prüfung stattfinden müsse.